

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 17. Juni 2020

2616. 2020/28

Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR; AS 171.110), Teilrevision Anpassung Taggeld

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2280 vom 4. März 2020:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Isabel Garcia (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Corina Ursprung (FDP)
Abwesend: Ernst Danner (EVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *Die Redaktionskommission beugte sich bereits vor einigen Monaten über dieses Geschäft und nahm mit Angleichungen der Schriftarten ausschliesslich formale Änderungen vor. Art. 2 Abs. 1 schrieben wir neu, weshalb festgehalten werden muss, dass Abs. 2 unverändert ist. Ansonsten könnte davon ausgegangen werden, dass dieser weggelassen wurde. Eine weitere Kleinigkeit ist, dass wir Art. 3 Abs. 1 auf zwei Absätze aufteilen, womit Abs. 2 zu Abs. 3 wird.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Davy Graf (SP): *Die SP wird entgegen ihrer Haltung in der Detailberatung die Weisung in der Schlussabstimmung ablehnen. Das Geschäft wurde zwischenzeitlich in der Öffentlichkeit diskutiert. Unter anderem hörten wir: «Corona – der Entscheid muss überdenkt werden.» Wir denken nicht, dass uns die Mittel für eine solche Kompensation fehlen. Wir alle müssen die Aufmerksamkeit auf die grossen Fragen lenken. Die SP wäre bereit gewesen, das Geschäft vom Büro aus zurückzuziehen, um die Zeit im Rat besser nutzen zu können und damit das Ganze nicht vor 125 bezahlten Zuhörerinnen, Zuhörern und Technikern zu besprechen. Es geht auch nicht um die Referendumsdrohung, denn dieses würden wir gewinnen. Denn alle, die Missgunst und Neid ins Volk hinein lesen, liegen falsch. Wenn ich von der Bevölkerung auf das Amt als Gemeinderat angesprochen werde, wird die Entschädigung nie zum Thema. Die Fragen sind vielmehr, wie es*

gelingt, neben dem Beruf, der Familie und anderen Verpflichtungen, die Zeit dafür zu finden oder wie ich mich organisiere. Und wenn sie dann erfahren, wie viel einem pro Stunde ausbezahlt wird, sind sie meist entrüstet und sagen, die Demokratie wäre ihnen mehr Wert. Es geht jedoch trotzdem ums Referendum. Wir wollen keinen Abstimmungskampf und wollen einem solchen Thema und dieser Art Populismus auch keine Plattform geben. Wir brauchen die Aufmerksamkeit an einem anderen Ort. Wir brauchen sie für Massnahmen für unsere Wirtschaft, für unsere Gesundheit, für das Wohnen, fürs Velo und für den Kampf für Mindestlöhne. Nicht wegen der Entschädigung fällt uns der Entschluss nicht leicht, sondern weil wir scheinbar im jetzt organisierten Milizsystem nicht fähig sind, uns zu reformieren und einen kleinen Schritt zu machen. Der Nährboden für eine missgünstige Politik ist manchmal stärker. Wir glauben, dass jetzt nicht der Zeitpunkt ist, einen solchen Kampf zu führen. Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auf andere Orte lenken. Heute ist darum trotzdem ein grosser Tag: Wir konnten den Beschlussantrag zur Stellvertretungsregelung einreichen. Es handelt sich um einen bewussten Entschluss aus dieser Situation heraus. Wenn sich der Nebel gelichtet hat und wir die Massnahmen für die Wirtschaft und die Stadt getroffen haben, dann werden wir den Schritt zu einer richtigen Reform machen. Das werden wir dann gegen alle Bedenkenträgerinnen und Bedenkenträger durchziehen, da es um die Institution Gemeinderat und letztlich um die Demokratie geht.

Roger Bartholdi (SVP): *Ergänzend zu Dr. Davy Graf (SP) möchte ich sagen, dass es einen Deal gegeben hätte. Wir waren gleicher Meinung: Das Geschäft sollte zurückgezogen werden, damit die Debatte heute nicht stattfindet. Andere Parteien müssen verantworten, dass es zur Debatte kam, was wir bedauern. Wir finden es gut, dass die SP ihr Entschluss änderte. Die Beerdigung der Vorlage ist ein gutes Signal gegen aussen.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit des Büros beantragt Zustimmung zu den Änderungen der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR).

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung der Änderungen der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR).

Mehrheit:	Guy Krayenbühl (GLP), Referent; 1. Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Kunz (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Mark Richli (SP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Albert Leiser (FDP), Referent; Präsident Heinz Schatt (SVP), 2. Vizepräsident Mischa Schiwow (AL), Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend:	Martin Bürki (FDP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 29 gegen 82 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.



3 / 3

Damit ist die Teilrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR; AS 171.110) bzgl. Anpassung Taggeld abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat